

Gespräch mit Sigmar Gabriel

»Eigentlich wären es gute Zeiten für sozialdemokratische Wahlerfolge«

Sigmar Gabriel (geb. 1959) ist seit 2005 Bundesumweltminister. Im Oktober ist bei Piper sein Buch Links neu denken erschienen. Auf der diesjährigen Frankfurter Buchmesse stellte er sich den Fragen von Thomas Meyer.

NG/FH: Lange Zeit war wenig von sozialdemokratischen Ideen und Debatten zu hören, sondern fast nur von Personalquellen. Nun sind gleich fünf neue Bücher von führenden sozialdemokratischen Politikern erschienen, die versuchen, mit weitreichenden Politikentwürfen in die Debatte zu intervenieren: Franz Müntefering, Erhard Eppler und Ottmar Schreiner sind dabei. Ihr Buch *Links neu denken* gehört auch dazu. Ist diese Parallelität ein Zufall, oder ist die Zeit jetzt einfach reif dafür?

Gabriel: Ein bisschen zugespitzt kann man sagen, es ist eine nachholende Diskussion. Denn auf Seiten der politischen Linken, in Deutschland und anderen Teilen Europas, hat es nach dem Zusammenbruch des Kommunismus keine richtige Debatte darüber gegeben, was linke Politik unter diesen veränderten Bedingungen eigentlich bedeutet. Die Aufhebung der Blockkonfrontation, ein sich schneller globalisierendes Wirtschaftssystem, die Bevölkerungsexplosion und knapper werdende Ressourcen, die Wanderungsbewegungen, die viele Menschen anderer Nationalitäten in die Industriestaaten bringt und neue Konflikte und Kriege, wie wir sie vorher nicht kannten, geben u.a. diesen neuen Rahmen vor. Es gab den Versuch von Tony Blair und Gerhard Schröder, eine Diskussion über einen »Dritten Weg« und eine neue Sozialdemokratie zu beginnen. Sie ist aber

in Deutschland sehr schnell beendet gewesen, weil nicht ausreichend thematisiert wurde, was unter einer linken Politikvorstellung zu verstehen sei. Die Sozialdemokratie braucht eine intellektuelle Auseinandersetzung über die Frage, wie das Fortschrittsversprechen für Freiheit sowie für Aufstieg und Teilhabe unter völlig anderen ökonomischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen weitergeführt werden kann. Für diese Diskussion ist jetzt der richtige Zeitpunkt.

NG/FH: Sie sprechen wichtige Themen wie die gefährdete Demokratie, eine neue Klassenspaltung und eine gestörte Balance zwischen Wachstum, Gerechtigkeit und Umweltsicherung an. Ist dieser weite Horizont an Themen das persönliche Programm von Sigmar Gabriel und welche Lösungsvorschläge machen Sie?

Gabriel: Wenn man in einer solchen Zeit der Umbrüche Politik macht, überlegt man, wie man sein eigenes Verständnis vom politischen Handeln, seine eigene Sichtweise in diese doch zum Teil sehr unübersichtliche Landschaft einordnet. Ich habe mich zum Beispiel mit der Frage auseinandergesetzt: Ist der Begriff der »Mitte« richtig? Wenn man sagt, Arbeitnehmer und ihre Familien, Selbstständige, Facharbeiter und Intellektuelle seien die Mitte, dann bleibt nicht mehr viel übrig und der Begriff hat politisch keine Wirksamkeit

mehr. Stellen sie sich zwei Cola-Verkäufer vor, die am Strand stehen und sich überlegen, welche Position für sie die beste sei. Um viel zu verkaufen, stellen beide ihren Stand in die Mitte des Strandes. Wenn man das als Partei macht, versucht man nicht seine Position durchzusetzen, sondern die Mehrheitsfähigkeit eines Produkts. Wenn Willy Brandt sich überlegt hätte, ob seine Entspannungspolitik mehrheitsfähig ist, wäre sie wahrscheinlich nicht durchgesetzt worden. Er hat nicht überlegt, wo strategisch der beste Standort ist, sondern ist mit großem Wagemut und großer Risikobereitschaft in die Auseinandersetzung gegangen. Es ist keine Alternative, nicht zu sagen, was ist. Die Politik hat ein Problem mit dem Zugang zur Wahlbevölkerung, zu

dass auf jedem Lebensweg Hürden sind. Aber wie überspringt man die Hürden? Dieser Freiheitsanspruch ist die sozialdemokratische Kernfrage. Nicht nur Freiheit von Unterdrückung, Not und Armut, sondern auch Freiheit zu einem selbstbestimmten Leben. Durch gute Bildung und Ausbildung kann man die individuellen Muskeln stärken, damit man die Hürden überspringen kann. Wo die Hürden so groß sind, dass man das auch mit guter Bildung nicht kann, muss man fragen, wie man das solidarisch organisiert.

Das ist die eigentliche sozialdemokratische Idee oder »Erzählung«, wenn man so will, des letzten, genauso wie dieses Jahrhunderts. Dahrendorf hat mit dem Hinweis auf die Entwicklung im 20. Jahr-

» Aus seinem Leben etwas zu machen, sich abzukoppeln von der Bindung an Geschlecht, Einkommen, Herkunft und Religion, ist die Freiheitsvorstellung der Sozialdemokratie. «

den Menschen im Land. Das liegt daran, dass wir bestimmte Dinge nicht thematisieren. Ferdinand Lasalle sagte einmal: »Die revolutionärste Tat ist und bleibt zu sagen, was ist«. Man hat als Politiker zunächst einmal die Aufgabe eine Analyse und eine Beschreibung von Handlungssträngen vorzunehmen. Auch auf das Risiko hin, dass man nicht für jedes der beschriebenen Probleme sofort eine Bilderbuchantwort hat. Das erhöht die Glaubwürdigkeit von Politikern.

NG/FH: Gibt es in ihrem Buch eine sozialdemokratische Botschaft, die zünden könnte?

Gabriel: Ja, das sozialdemokratische Thema von Aufstieg und Teilhabe. Es gehört nicht dem letzten Jahrhundert an, sondern auch diesem. Aus seinem Leben etwas zu machen, sich abzukoppeln von der Bindung an Geschlecht, Einkommen, Herkunft und Religion, ist die Freiheitsvorstellung der Sozialdemokratie. Wir wissen,

hundert gesagt, die Sozialdemokraten hätten sich durch Erfolg überflüssig gemacht. Aber unsere Reformpolitik hat nicht alle Fragen beantwortet und sogar neue Probleme aufgeworfen. Leih- und Zeitarbeit zu ermöglichen, ist richtig gewesen. Dass manche Unternehmen daraus eine Dauer-einrichtung machen, wobei Menschen mit 40-50 % weniger Lohn in Zeitarbeitsverhältnissen stehen, muss eben offen diskutiert werden. Und dann braucht es den politischen Willen, dies wieder zu korrigieren. Zweites Beispiel: Wenn weniger Leute arbeiten, oder später anfangen zu arbeiten, dann passt die alte Rentenformel nicht mehr. Eine der Möglichkeiten darauf zu reagieren, ist die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67. Dann bleibt die Frage, was ich mit den Menschen mache, die nicht bis 67 arbeiten können? Diese Frage hat die *Agenda 2010* nicht beantwortet. Es ist aber eine Frage, die uns täglich gestellt wird und auf die man eine Antwort geben muss. Die SPD ist die einzige Partei, der es gelingen kann, solche Antworten zu ge-

ben. Denn sie versucht drei Dinge zusammenzubringen: wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, soziale Sicherheit und ökologische Verantwortung. Die anderen Mitbewerber im politischen Spektrum konzentrieren sich in der Regel auf eines dieser drei Ziele. Diese drei Dinge gemeinsam zu denken, ist das programmatische Alleinstellungsmerkmal der SPD auch in der nächsten Bundestagswahl.

NG/FH: Auf welche Weise wollen Sie »Links neu denken«? Was ist denn das »Links«, das bleibt und was wird neu definiert?

Gabriel: Ich unterscheide zwei Begriffe. Den der Protestlinken und den klassisch sozialdemokratischen Reformansatz der Gestaltunglinken. Die Protestlinken wol-

len gesellschaftliche Zustände thematisieren, ohne auf Veränderung zu drängen. Die Gestaltunglinken sagen, dass Protest allein nicht reicht, sondern dass man etwas verändern muss. Franz Müntefering zitiert in seinem Buch einen alten Sozialdemokraten, den er gefragt hat: »Was ist nun eigentlich nach 90 Jahren deine Lebensweisheit?«. Und er sagt: »Du musst das Leben so nehmen, wie es ist, aber du darfst es nicht so lassen.« Die Sozialdemokratie muss für sich in Anspruch nehmen, dass sie trotz der Schwierigkeiten im aktuellen Handeln Schritt für Schritt reformerisch tätig sein muss. Sie darf sich nicht nur auf den Protest mit dem Hinweis beschränken, dass zuerst das ganze System kollabieren müsse, bevor man mit sozialistischen Utopien versuchen könne, Politik zu machen.

NG/FH: Was heißt das für das Verhältnis zwischen SPD und *Linkspartei*? Eine Protestlinke, die in der Hauptsache nur Forderungen erhebt ohne Handlungsstrategien zu entwerfen, gegen eine Gestaltungslinke zu stellen, die versucht eine linke Position im Regierungshandeln umzusetzen. Ist das ein Verhältnis der kritischen Diskussion oder ein Verhältnis der Ausgrenzung? Was folgt daraus für die Praxis?

Gabriel: Das Ziel muss natürlich sein, diese Partei überflüssig zu machen. Trotzdem ist es so, dass man sich mit der *Linkspartei* inhaltlich auseinandersetzen muss. Wir

würde sich für sie aber die Existenzfrage stellen.

NG/FH: Zwischen der SPD und den *Grünen* schienen am Anfang Welten zu liegen. Nach einer relativ kurzen Zeit waren die Gräben zugeschüttet und es begann eine gemeinsame Regierungsarbeit in Hessen, dann im Bund. Wird es letzten Endes mit der *Linkspartei* so ähnlich sein, ist das eine Frage der Zeit?

Gabriel: Man muss aufpassen, ob man den Vergleich so ziehen kann. Was sind *Die Grünen* heute? Sie sind heute die zweite li-

» Die Sozialdemokratie muss sich die Frage stellen, warum es ihr trotz eines wachsenden Ungerechtigkeitsgefühls der Menschen nicht gelingt, Wahlerfolge zu erlangen. «

haben immer nur arithmetische Diskussionen geführt, doch politische Koalitionen sind kein Ergebnis der Mathematik, sondern der inhaltlichen Übereinstimmung. Das gibt es zum Teil schon in den Ländern. Wir haben eine sehr stabile Regierungskoalition mit der *Linkspartei* in Berlin. Wenn es eine inhaltliche Übereinstimmung gibt, kann man das machen. Doch ich habe Schwierigkeiten mir vorzustellen, mit einer Partei im Bund gemeinsam Gesetze zu machen, die gegen die europäische Einigung ist, die für Gewerkschaftsrechte in Deutschland eintritt, sie aber für Kuba verweigert, die 150 Milliarden Euro für soziale Leistungen ausgeben will, ohne die Frage zu beantworten, wo die eigentlich herkommen sollen, die einen Vorsitzenden hat, der öffentlich erklärt, im Falle einer Entführung könne er sich auch den Einsatz von Folter vorstellen. Deswegen würde ich die Auseinandersetzung mit der *Linkspartei* immer inhaltlich führen und nicht über die Frage, wer welche politische Vergangenheit hat. Im Bund wird es aus meiner Sicht keine Möglichkeit der Zusammenarbeit geben, bis diese Partei sich inhaltlich ändert. Dann

berale Partei in Deutschland. *Die Grünen* bilden den genuinen, bürgerrechtsliberalen Teil des deutschen Liberalismus ab. Die Frage ist, ob es für die *Linkspartei* einen Raum in der Parteienlandschaft gäbe, wenn sie sich zu einer realistischen Finanz- und Außenpolitik bekennen würde. Die Protestwähler, die gar nicht erwarten, dass die *Linkspartei* etwas verändert, würden in einer solchen Situation keinen richtigen Grund mehr haben sie zu wählen. Da stellt sich die Frage, was die dann machen?

NG/FH: Manche Linkswähler würden sagen, ein Unterschied liegt immer noch in der Frage der Glaubwürdigkeit. Die SPD habe sich zu linken Positionen bekannt, hat aber eine Politik gemacht, die mit linken Positionen nicht mehr viel zu tun hatte. Die *Linkspartei* steht zu diesen linken Positionen. Auch wenn es eine programmatische Annäherung gibt, bleibt der Zweifel, ob die SPD das Vertrauen genießt, um die Unterstützung der Wähler zu bekommen.

Gabriel: Zwei Drittel der Deutschen sagen, es gehe ungerecht im Land zu. Das wären gute Zeiten für sozialdemokratische Wahl-

erfolge. Dennoch muss sich die Sozialdemokratie die Frage stellen, warum es ihr trotz eines wachsenden Ungerechtigkeitsgefühls der Menschen nicht gelingt, Wahlerfolge zu erlangen. Das hat etwas mit der Widersprüchlichkeit von sozialdemokratischer Politik in den letzten Jahren zu tun. Das hat aber auch etwas mit der Komplexität von Lösungsangeboten zu tun. Diese Glaubwürdigkeitslücke kann man nicht dadurch schließen, dass man die *Linkspartei* bekämpft oder beschimpft. Dafür muss die Sozialdemokratie ein geschlosseneres Bild abgeben. Wenn es ihr nicht gelingt, ihre eigenen Erfolge für sich in Anspruch zu nehmen und dabei neue Aufgaben oder auch Fehler in der Vergangenheit zu thematisieren und zu korrigieren, wird sie diese Glaubwürdigkeit nicht zurückgewinnen. Der Wechsel zu einem Kanzlerkandidaten Frank-Walter Steinmeier und einem Parteivorsitzenden Franz Müntefering kann einen nicht unerheblichen Teil dieser Glaubwürdigkeit zurückbringen. Jedenfalls dann, wenn man gestalterisch linke Politik machen will. Mit reinem Protest lässt sich diese Glaubwürdigkeitslücke nicht überbrücken. Sich mit Protest zufrieden zu geben, darf die Sozialdemokratie niemals.

NG/FH: Nun gibt es viele Beobachter, die sagen: Die SPD hat sich im letzten Jahr im Grunde nicht als eine Partei präsentiert, die eine Programmidee, die ein Projekt nach außen vertritt, sondern als zwei Parteien. Wie lässt sich diese Vielstimmigkeit auflösen?

Gabriel: Die einzige Möglichkeit das Problem zu lösen, ist über Inhalte zu reden. Solange ich Dinge an Machtkonstellationen und Personalfragen festmache, werden Inhalte verdeckt und nicht ausgetragen. Deswegen tut es der SPD gut, eine Debatte darüber zu führen, was wir erreicht haben und erreichen wollen. Diese Auseinandersetzung hat der Sozialdemokratie

von Beginn an immer wieder dazu verholfen, Krisen zu überstehen. Bei aller Skepsis, diese Partei existiert jetzt fast 150 Jahre, sie hat Schlimmeres überstanden. Das liegt nicht daran, dass die SPD immer eine glasklare und richtige Haltung gehabt hätte oder die besten Führungspersönlichkeiten. Sie hat es der inhaltlichen Auseinandersetzung und der Idee von Freiheit und von Aufstieg und Teilhabe zu verdanken. Das ist der Weg, der von uns allen beschritten wird und der auch ein ganz großes Maß an Erfolgsaussichten hat.

NG/FH: Der Finanzkapitalismus hat vor einigen Wochen an der *Wall Street* sein Waterloo erlebt. Die alte These, dass der Markt es besser richtet als der Staat, hat sich widerlegt. Plötzlich sind alle bereit, den Staat ins Spiel zu bringen. Was sind in dieser Situation linke Antworten und was ist eine tragfähige, linke Strategie im Umgang mit diesem Problem?

Gabriel: Es ist interessant zu sehen, dass die CDU jetzt kurz davor ist das Ahlener Programm wieder zu beschließen, in dem sie den christlichen Sozialismus fordert. Die linke Alternative ist endlich, Ernst zu machen mit den Regulierungen, die der Markt braucht. Die jetzige Krisenintervention versucht nicht nur den Banken zu helfen, sondern den Rückgang der wirtschaftlichen Entwicklung zu verhindern. Denn das trifft jeden Einzelnen von uns. Als nächsten Schritt müssen wir national, aber vor allem international, Spielregeln einführen. Marktversagen ist die Folge staatlichen Regelungsversagens. Das ist eine Erkenntnis, zu der man vor etwa vier Wochen gelangt ist. Die Frage ist, ob wir es schaffen, das auch konsequent in der Praxis umzusetzen. Das wird sich im kommenden Jahr zeigen.

NG/FH: Die SPD war ein dreiviertel Jahr im Tief, kommunikativ in der Defensive und im Profil nicht sichtbar. Es gab in der

Hauptsache zwei Probleme. Das eine war das Fehlen einer offensiven Führung und einer Präsenz in der öffentlichen Debatte. Zum anderen schien die SPD eingeklemmt zwischen einer sich zunehmend sozial profilierenden CDU und der radikalen sozialen Rhetorik der *Linkspartei*. Sind diese Probleme jetzt mit dem Führungswechsel gelöst oder was braucht es noch, um die Zukunftsideen, die Sie in ihrem Buch entwickelt haben, als Profil der SPD öffentlich sichtbar zu machen?

Gabriel: Eine geschlossene Parteiführung und Leute, die wissen, dass Politik aus Führen und Sammeln besteht. Das ist die erste notwendige Bedingung, um Erfolg zu haben. Die hinreichende Bedingung aber ist, dass die Sozialdemokratie den Dreiklang von wirtschaftlicher Leistungs-

fähigkeit, sozialer Sicherheit und ökologischer Verantwortung in ihrer praktischen Politik und in ihrer politischen Programmatik deutlich macht. Zum Beispiel im Regierungsprogramm für die Bundestagswahlen 2009. Was heißt das? Wir werden im nächsten Jahr natürlich Folgen der Finanzmarktkrise in der Realwirtschaft erleben. Mein Vorschlag ist, da konjunkturrell gegenzusteuern, sich vor allem den Energiemarkt vorzunehmen. Dort existieren in den nächsten zwanzig, dreißig Jahren enorme Herausforderungen. Dort Voraussetzungen für zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen, wäre ein wichtiger Baustein, um Wachstum, Beschäftigung und ökologische Verantwortung zusammen zu bekommen. Das Gleiche gilt für die Bildungspolitik. Sie muss eines der großen Themen der Bundestagswahl werden.

Christian Krell

Grundsatzprogramme und Wahlkämpfe – Gibt es einen Zusammenhang?

Klarer Fall: Wahlkämpfe haben mit Grundsatzprogrammen nichts zu tun. Eine genauere Analyse weist in eine andere Richtung.

Die Einführung einer dynamischen Rente, eine Neue Ostpolitik, die Zuschreibung, Kanzler der Einheit zu sein, oder ein geschicktes Krisenmanagement während der Elbflut 2002. All dies mögen Motive sein, die dazu beigetragen haben, dass Wahlen gewonnen oder verloren wurden. Indes ist nicht bekannt, dass Konrad Adenauer, Willy Brandt, Helmut Kohl oder Gerhard Schröder in ihren Wahlkämpfen erschöpfend aus den Grundsatzprogrammen ihrer Parteien zitiert und damit die Massen für sich entflammt hätten.

Die These, dass Wahlkämpfe nichts mit Grundsatzprogrammen zu tun haben, scheint also vordergründig bestätigt. Aber stimmt sie wirklich? Eine genauere Ana-



Christian Krell

(* 1977) ist Leiter der Akademie für Soziale Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung und Lehrbeauftragter der Universität Siegen.

Christian.Krell@fes.de

lyse zeigt schnell, dass grundsätzliche programmatische Erklärungen und Wahlkämpfe sehr wohl in einer Wechselbeziehung stehen und dass Programme den Ausgang von Wahlen entscheidend beeinflussen können.

So sind die Wahlerfolge der SPD in den 60er Jahren ohne die gesellschaftspolitische